

N i e d e r s c h r i f t

SA/017/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Schulausschusses der Stadt Rheine
am 28.11.2007**

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Theresia Nagelschmidt CDU

Mitglieder:

Frau Christel Brachmann	CDU
Frau Monika Lulay	CDU
Herr Dietmar Ostermann	SPD
Frau Theresia Overesch	CDU
Herr André Schaper	SPD
Herr Joachim Siegler	BÜNNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Tanja Stolzenberger	SPD
Frau Sabrina Holtel	FDP

Vertreter:

Frau Verena Griggel	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Poeplau
Herr Johannes Havers	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Simon
Herr Frank Hemelt	SPD	Vertretung für Frau Waltraud Wunder
Herr Suat Özcan		Vertretung für Herrn Wilhelm Hoffmann anwesend bis 18.35 Uhr
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Vertretung für Herrn Heinrich Hagemeier

beratende Mitglieder:

Frau Regina Allgaier
Herr Pfarrer Stefan Buse
Herr Diakon Gerd Ständer

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg
Herr Dr. Thorben Winter
Herr Otto Reeker
Frau Sabine Völkel

Gäste:

Herr Tasso Eichel

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung der sachkundigen Bürgerin Sabrina Holtel sowie des sachkundigen Bürgers Joachim Siegler nach § 58 Abs. 2 und 4 in Verbindung mit § 67 Abs. 3 Gemeindeordnung NW.

Frau Nagelschmidt eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung am 16. August 2007

Auf Seite 2 wird die Niederschrift nach dem 3. Absatz wie folgt ergänzt:

Frau Ehrenberg erklärt, dass der Gedanke einer Kreis-Trägerschaft der Schule für Kranke nicht weiter verfolgt werden soll.

Der Schulausschuss stimmt dieser Auffassung zu.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 16. August 2007 gefassten Beschlüsse

Frau Ehrenberg trägt folgenden Bericht vor:

Zu TOP 3.7, Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“

„Der Haupt- und Finanzausschuss ist der Empfehlung des Schulausschusses gefolgt und hat in der Sitzung am 18.09.07 einen jährlichen städtischen Eigenanteil von 37.500 € für Ganztagschüler der Primarstufe und Sekundarstufe 1, für welche eine Landesförderung möglich ist, beschlossen.“

Regierungspräsident Dr. Paziorek hat am 31.10.07 den Bewilligungsbescheid über Landesmittel in Höhe von 75.000 € überbracht.“

**Zu TOP 3.9, Anträge der Stadtschulleiterkonferenz
Anhebung des Gesamthaushalts im Rahmen der jährlichen Inflationsrate
(bei 1,5 % ca. 12.000 €)
Anpassung der Schülerpauschale der Grundschulen für Schulbetriebsausgaben an die der Sekundarstufe I von 15,70 € auf 18,50 € je Schüler (Mehrkosten ca. 9.200 €)**

Die Verwaltung hat den Schulleitern in der Sitzung am 15.11.07 mitgeteilt, dass die Verwaltung für 2008 keine Veränderungen vorschlagen wird.

Zu TOP 3.10, Antrag der Stadtschulleiterkonferenz zur Erhöhung des Schuletats der 31 städtischen Schulen um einen Gesamtbetrag von 50.000 € für Pflege- und Wartungsbedarf der EDV-Ausstattung an Schulen

Die Stadtschulleiterkonferenz hat in ihrer Sitzung am 15.11.07 ihren Antrag vom 25.04.07 bekräftigt und folgenden Ergänzungsantrag an den Schulausschuss gerichtet:

Die Stadtschulleiterkonferenz stellt den Antrag, für die Schulen der Stadt einen EDV-Medienentwicklungsplan zu erstellen. Dadurch soll langfristig die EDV-Ausstattung nach einem je Schule und Standort ausgerichteten Ausstattungskonzept erfolgen und die Pflege und Wartung der Ausstattung gesichert werden.

Entsprechend der Planung anderer Kommunen empfiehlt die Stadtschulleiterkonferenz, folgende Bereiche aufzunehmen:

- Gebäudeverkabelung
- Netzwerkaufbau
- Leitungsanbindung (Breitband)
- Installation von Servern, PCs, sonstige End- / Peripheriegeräte
- Technischer Support

Die Stadtschulleiterkonferenz begründet ihren Antrag mit der Sicherung der Qualität des Schulstandortes Rheine im künftigen Vergleich mit benachbarten und nahen anderen Standorten. Diese erfordere einen langfristigen, abgestimmten und verlässlichen Handlungsrahmen und die Bereitstellung entsprechender materieller und finanzieller Mittel, die eine umfassende Innovation und die ständige qualitative Weiterentwicklung im EDV-Bereich ermögliche. Eine diesbezügliche Planung könne in Anlehnung an die Vorgehensweise und Konzepte anderer Schulträger von externer Seite erstellt werden.

Am 10.12.07 wird eine Sitzung des schulformbezogenen Arbeitskreises bzgl. der Erstellung eines Medienentwicklungsplans für alle städtischen Schulen und das Vorgehen, das schrittweise erfolgen soll, anhand eines Modellprojekts stattfinden. Die Mittelanforderung der Stadtschulleiterkonferenz vom 25.04.07 über einen Betrag von 50.000 € für zusätzliche EDV- und Wartungskosten für den Haushalt 2008 ff bleibt bestehen.

Die Verwaltung möchte, dass von diesem Betrag im Jahr 2008 auch der geforderte Medienentwicklungsplan bezahlt wird. Der Gesamtbetrag von 50.000 € wurde bisher noch nicht in den Haushaltsplanentwurf 2008 aufgenommen.

Zu TOP 3.11, Antrag der Stadtschulleiterkonferenz – Reinigungsdienstleistungen in den Schulen

Die städtische Gebäudewirtschaft hat in der Schulausschusssitzung am 16.08.2007 unter dem Tagesordnungspunkt 8 darauf hingewiesen, dass die Änderungen in der Unterhaltsreinigung der Grundschulen offen und konstruktiv durch die Schulleitungen begleitet worden sind. Im Hinblick auf das gegenseitige Vertrauen zwischen Schule und Verwaltung wurde vereinbart, dass bei Problemen, die auf die Umstellung der Reinigung zurückzuführen sind, für die betroffene Schule schnell und effektiv problemorientierte Lösungen gefunden werden.

Zu TOP 3.12, Antrag der Stadtschulleiterkonferenz zur Hausmeisterversorgung der Schulen

Die Stadtschulleiterkonferenz hat dem Schulausschuss in der Sitzung am 15.11.07 empfohlen, die Hausmeister wie bisher an ihren Schulen zur Wahrnehmung ihrer so klar gefassten Aufgaben zu belassen. Die Stadtschulleiterkonferenz begründet ihren Antrag damit, dass die ständige Präsenz der Hausmeister die kontinuierliche Werterhaltung und Instandsetzung der Gebäude und des Inventars gewährleistet.

Man weist darauf hin, dass vor allem die Hausmeisterinnen und Hausmeister an den Grundschulen viele Aufgaben übernehmen, die ihre ständige Anwesenheit für Schülerinnen und Schüler erfordern und die ansonsten – im Rahmen der von den Eltern erwarteten Fürsorge - nicht aufrecht erhalten werden können. Die Stadtschulleiterkonferenz betont, dass die Hausmeister in erheblichem Umfang Kollegien und Schulleitungen entlasten.

Zu TOP 4, Zügigkeit der Gymnasien

Der Schulausschuss hat sich in der Sitzung am 16.08.07 gegen die Festlegung der Zügigkeiten an den Rheiner Gymnasien ausgesprochen. Die Verwaltung hat dies der Bezirksregierung mitgeteilt.

Das Antwortschreiben der Bezirksregierung vom 24.09.07 wird heute unter dem Punkt Informationen bekanntgegeben.

Zu TOP 5, Raumsituation der Nebenstandorte Kaufmännische Schulen und Grüterschule sowie des Studienzentrums der Fernuniversität Hagen

Der Schulausschuss hat den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Für den Umbau von Räumen im Josef-Winckler-Zentrum für die Fernuniversität Hagen wurden 32.000 € und den Umzug 7.000 € in den Haushaltsplanentwurf 2008 (Fachbereich 5) aufgenommen.

Zu TOP 6, Finanzwirtschaftliches Berichtswesen für das 1. Quartal 2007

Der Schulausschuss hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 7, Finanzwirtschaftliches Berichtswesen für das 2. Quartal 2007

Der Schulausschuss hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 8, Unterhaltsreinigung in Grundschulen

Der Schulausschuss hat den Bericht der Gebäudewirtschaft zur Leistungsänderung und Kostensenkung der Unterhaltsreinigung in den Grundschulen zur Kenntnis genommen.

3. Informationen

3.1. Neubau einer Sporthalle an der Euregio Gesamtschule Rheine

Frau Ehrenberg nimmt Bezug auf das Schreiben der Euregio Gesamtschule Rheine vom 18.09.2007. Dieses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Sie teilt mit, dass dem Bau- und Betriebsausschuss in seiner Sitzung am 06.12.2007 Entwurfsplanungen unter Berücksichtigung der Standortfrage für den Bau einer Zweifach- und alternativ einer Dreifachsporthalle zur Beratung vorgelegt werden sollen.

3.2. Energiesparinitiative des Berufskollegs

Frau Ehrenberg geht ein auf das Schreiben des Berufskollegs vom 26.08.2007. Dieses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Sie teilt mit, sie habe das Schreiben zuständigkeitshalber an Herrn Kuhlmann, Beigeordneter, sowie Herrn Schulte-de Groot, Geschäftsführer der Stadtwerke Rheine, weitergeleitet.

3.3. Begrenzung Zügigkeit an den Gymnasien der Stadt Rheine

Frau Ehrenberg geht auf das Antwortschreiben der Bezirksregierung Münster ein. Die Schulleiter der städtischen Rheiner Gymnasien wurden hierüber schriftlich informiert.

Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

3.4. Neuordnung der schulpsychologischen Versorgung im Kreis Steinfurt

Frau Ehrenberg verliest folgenden Vermerk:

„Neuordnung der schulpsychologischen Versorgung im Kreis Steinfurt

Durch die Zuweisung einer zusätzlichen Landesstelle für den schulpsychologischen Dienst und die gleichzeitige Erweiterung des Stellenplans des Kreises um ebenfalls eine zusätzliche Stelle steht eine Neuordnung der schulpsychologischen Verordnung im Kreis Steinfurt an.

Umfang der schulpyschologischen Versorgung

a) bisher

Land NRW	1,3 Stellen
Kreis Steinfurt	<u>0,5 Stellen</u>
insgesamt	1,8 Stellen

zusätzlich Verwaltungskraft Kreis Steinfurt 0,5 Stellen

b) zukünftig

Land NRW	2,3 Stellen
Kreis Steinfurt	<u>1,5 Stellen</u>
Insgesamt	3,8 Stellen

zusätzlich Verwaltungskraft Kreis Steinfurt 0,5 Stellen

Die regionale Schulberatungsstelle ist zurzeit im Gesundheitsamt in Rheine untergebracht. Bei einer Stellenausweitung ist auch eine Erweiterung der Büroräume erforderlich. Nach Einschätzung des Technischen Gebäudemanagements des Kreises könnten Räume des Gesundheitsamtes zusätzlich genutzt werden. Eine Aufteilung der kleinen Arbeitsgruppe auf mehrere Dienstorte im Kreis Steinfurt ist nach Meinung des Schul-, Kultur- und Sportamtes des Kreises Steinfurt nicht sinnvoll.

In einer Besprechung am 10.10.07 im Kreishaus mit der Bezirksregierung, dem Kreis Steinfurt sowie den Städten Rheine, Emsdetten, Greven, Ibbenbüren und Steinfurt wurde aber angeregt, in den Städten Steinfurt und Ibbenbüren ebenfalls Standorte für schulpyschologische Versorgung einzurichten.

Es würde sich danach folgende Aufteilung ergeben:

Standort Rheine	1,8 Stellen plus 0,5 Verwaltungskraft Kreis Steinfurt
Standort Steinfurt	1,0 Stellen
Standort Ibbenbüren	1,0 Stellen

Eine endgültige Entscheidung über die Zahl der Standorte und Stellenanteile soll nach Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Kreis Steinfurt getroffen werden."

3.5. Aufwendungen für Lernmittel - Eigenanteil bei den Lernmitteln

Frau Ehrenberg verliest folgenden Vermerk:

„Aufwendungen für Lernmittelfreiheit – Eigenanteil bei den Lernmitteln

Mit dem Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen vom 29. April 2003 wurden die Durchschnittsbeträge bei den Lernmitteln um 1/3 angehoben.

Damit es nicht zu einer zusätzlichen kommunalen Belastung kam, wurde gleichzeitig der Eigenanteil der Eltern von 33% auf 49 % angehoben. Dementsprechend wurde nach Inkrafttreten des kommunalen Entlastungsgesetzes der kommunale Eigenanteil bei den Lernmitteln von damals 66 % auf 51 % gesenkt.

Der Artikel 9 des Entlastungsgesetzes, der diese Regelung beinhaltet, ist bis zum 31.08.2008 befristet. Aus der Befristung ergibt sich, dass der Eigenanteil der Eltern am 1. August 2008 von derzeit 49 % auf 33 % zurückfallen wird. Demgegenüber bleiben die Durchschnittsbeträge unverändert erhalten.

Ab dem Jahr 2008 bedeutet dies Mehraufwendungen für die Stadt Rheine in Höhe von 120.500 €.

Daher werden wir im Schulausschuss im Februar bei den Haushaltsplanberatungen diesen Punkt mit aufnehmen und die Aufnahme der 120.550 € in den Haushalt für das Jahr 2008 beschließen müssen.“

3.6. Kompetenzzentrum für die sonderpädagogische Förderung (KSF-Rheine)

Herr Hildmann, Schulleiter der Grüterschule, Förderschule Schwerpunkt Lernen, und Frau Rücker, Schulleiterin der Christophorus-Schule, Förderschule mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung, geben Erläuterungen zum geplanten Kompetenzzentrum für die sonderpädagogische Förderung.

Eine Kurzdarstellung ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Der Schulausschuss spricht sich **einstimmig** für die Erstellung eines Konzeptes zur sonderpädagogischen Förderung innerhalb eines Kompetenzzentrums aus und beauftragt die Verwaltung, die Kosten des Projektes zu ermitteln und einen Antrag bei der Bezirksregierung für die Bildung eines Kompetenzzentrums zur sonderpädagogischen Förderung in Rheine zu stellen.

4. Finanzwirtschaftliches Berichtswesen für das III. Quartal 2007 hier: Abgabe einer Prognose zum Jahresende Vorlage: 511/07

Frau Nagelschmidt verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Teilbericht für das III. Quartal 2007 über den Vollzug und die voraussichtliche Entwicklung der vorgenannten Produktbudgets zur Kenntnis.

5. Übersicht über die Schulverhältnisse an den städtischen Schulen im Schuljahr 2007/2008 Vorlage: 509/07

Frau Ehrenberg verliest das Schreiben von Herrn Klönne, Elternvertreter, und Herrn Dr. Bernd Windhoff, Vorsitzender des Fördervereins der Diesterwegschule vom 22.11.2007, welches an den Schulrat des Kreises Steinfurt, Herrn Heidbrink gerichtet ist.

Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

Weiter verliert Frau Ehrenberg das Schreiben des kommissarischen Schulleiters der Bodelschwingschule, Herrn Kindervater. Dieses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

Frau Ehrenberg verliert die **Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion vom 26.11.07**

„Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine bittet die Verwaltung um Erläuterungen zu den Grundschulanzahlzahlen und stellt deshalb folgenden Antrag für den Schulausschuss:

Gibt es Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern außerhalb der ehemaligen Grundschulbezirke?

Wenn ja, welche Gründe liegen vor und führen diese „Wanderungen“ zu Gefährdungen der Grundschulstandorte, zu Reduzierungen in der Zügigkeit oder zu Fehlsteuerungen in den Ausstattungen der jeweiligen Grundschule?

Wie können nach Verwaltungsansicht die Ursachen der „Wanderungen“ mit dem Ziel der Sicherung der Schulstandorte beseitigt werden?

Frage 1: Gibt es Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern außerhalb der ehemaligen Grundschulbezirke?

Antwort: Um diese Frage beantworten zu können, muss die Verwaltung wissen, welche Grundschulbezirke die SPD meint.

Da es in Rheine neun Gemeinschaftsgrundschulen und acht katholische Bekenntnisschulen gibt, existierten bis zum Schuljahr 2007/08 zwei Pläne nebeneinander. Im ersten Plan war das Stadtgebiet aufgeteilt in Schulbezirke für neun Gemeinschaftsgrundschulen, im zweiten Plan für acht katholische Bekenntnisschulen. Für jedes Kind bestand bereits die Wahl zwischen einer Gemeinschaftsschule und einer katholischen Bekenntnisschule. Schüler aus Hauenhorst konnten beispielsweise an der Marienschule Hauenhorst oder der Edith-Stein-Schule angemeldet werden.

Neben den Plänen mit den Grundschulbezirken für Gemeinschaftsgrundschulen und katholische Bekenntnisschulen existierte ein schulorganisatorischer Plan, in dem die nächstgelegenen Straßen dem Schulstandort zugeordnet waren. Dieser wurde erstellt, um die Anmeldung aller Kinder nachhalten zu können.

Sofern die SPD diesen Plan meint, ist die Frage dahingehend zu beantworten, dass es wie in den Vorjahren Anmeldungen zu Schulen gegeben hat, die nicht nächstgelegene Schule waren.

Frage 2: Wenn ja, welche Gründe liegen vor, und führen diese „Wanderungen“ zu Gefährdungen der Grundschulstandorte, zu Reduzierungen in der Zügigkeit oder zu Fehlsteuerungen in den Ausstattungen der jeweiligen Grundschule?

Antwort: Die Gründe für das Wahlverhalten der Eltern können vielfältig sein (z. B. Schulprofil, Zufriedenheit mit Lehrern). Diese Gründe wurden bei den rd. 700 Schulanmeldungen aber nicht hinterfragt. Der geringe Anteil der „Wanderungen“ von der schulortnächsten Schule zu einer etwas weiter entfernt liegenden Schule (oft ist die Länge des Schulweges fast identisch) kann in Rheine dazu

führen, dass Schulen auch unter die notwendige Anmeldezahl sinken. Diese potenzielle Gefährdung von Schulen liegt aber nur vordergründig mit der Abschaffung der Schulbezirksgrenzen zusammen. In erster Linie ist dies die Folge der demographischen Entwicklung. Entsprechende Schülerzahlprognosen sind dem Schulentwicklungsplan zu entnehmen. Die Gefährdung von Schulstandorten bestand aus Gründen der Wahlfreiheit zwischen einer Gemeinschaftsschule und einer Bekenntnisschule schon vorher.

Frage 3: Wie können nach Verwaltungsansicht die Ursachen der „Wanderungen“ mit dem Ziel der Sicherung der Schulstandorte beseitigt werden.

Antwort: Die Eltern in Rheine konnten bisher zwischen zwei Grundschulen wählen. Ab dem Schuljahr 2008/09 haben sie die Wahl zwischen 17 Grundschulen. Die Ursachen der „Wanderungen“ mit dem Ziel der Sicherung der Schulstandorte können aus Verwaltungssicht nicht beseitigt werden.

Es ist aus Sicht der Verwaltung zu bezweifeln, dass perspektivisch alle 17 Grundschulen mit ihren 19 Schulgebäuden benötigt werden. In Kürze wird zu diesem Thema ein Erörterungsgespräch mit dem Schulrat geführt. Die Verwaltung berichtet selbstverständlich über das Ergebnis.“

Frau Ehrenberg informiert die Schulausschussmitglieder darüber, dass am 05.12.07 ein Erörterungsgespräch mit dem Schulrat Heidbrink stattfinden soll, an dem Frau Nagelschmidt, Schulausschussvorsitzende, Frau Wunder, stellvertretende Schulausschussvorsitzende, Herr Dr. Winter, Fachbereichsleiter, Herr Reeker, Schulverwaltung, und sie selbst teilnehmen wird.

Schreiben der Bezirksregierung

Frau Ehrenberg verliest das nachstehende Schreiben der Bezirksregierung Münster an die Bürgermeisterin der Stadt Rheine, über den Landrat des Kreises Steinfurt, bezüglich der Schulentwicklungsplanung betreffend der Mindestgröße von Grundschulen der Stadt Rheine:

„An die Bürgermeisterin
der Stadt Rheine
48427 Rheine

über den

Landrat
des Kreises Steinfurt
48563 Steinfurt

Schulentwicklungsplanung;
Mindestgröße von Grundschulen der Stadt Rheine

Anlagen:- 1 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem als Anlage beigefügten Artikel der Westfälischen Nachrichten ist zu entnehmen, dass Grundschulen der Stadt Rheine wegen der geringen vorläufigen Anmeldezahlen zum Schuljahr 2008/2009 in ihrem Bestand gefährdet sind.

Ich bitte Sie, mich über die weitere Entwicklung der betroffenen Schulen und über die von Ihnen geplanten Maßnahmen zeitnah zu informieren. Legen Sie mir dazu bitte auch eine Übersicht über die voraussichtliche Zahl der Schülerinnen und Schüler an allen städtischen Grundschulen im Schuljahr 2008/2009, jeweils getrennt nach Jahrgängen, vor.

Ich weise darauf hin, dass mit nur 15 Schülerinnen und Schülern möglicherweise auch an der Ludgerusschule Elte eine Klasse im kommenden Schuljahr nicht gebildet werden kann. Der Schulleiter dieser Schule darf gem. § 6 Abs. 4 S. 4 der VO zu § 93 Abs. 2 SchulG eine Unterschreitung des Minimums der Bandbreite von 18 Schülerinnen und Schülern auf den Mindestwert von 15 nur zulassen, wenn den Schülerinnen und Schülern der Weg zu einer anderen Grundschule der gewählten Schulart nicht zugemutet werden kann. Auch nur unter dieser Voraussetzung kann gem. § 82 Abs. 2 S. 2 SchulG die Schule mit zwei aufsteigenden Klassen fortgeführt werden.

Dem Schulamt für den Kreis Steinfurt habe ich eine Durchschrift dieses Schreibens zur Kenntnis zugeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Kock"

Frau Ehrenberg geht anhand einer Folie auf die aktuellen Anmeldezahlen an Grundschulen ein.

Die Kopie der Folie ist der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.

Sie verliest hierzu folgenden Vermerk:

„Schulanmeldeverfahren zum Schuljahr 2008/2009

Am 6. und 7. November 2007 fand das Anmeldeverfahren für die Grundschulen zum Schuljahr 2008/09 statt.

Da die Schulbezirksgrenzen ab dem Schuljahr 2008/09 wegfallen, konnten die Eltern der kommenden Erstklässler in Rheine nicht nur zwischen einer Gemeinschaftsgrundschule und einer katholischen Bekenntnisschule, sondern zwischen allen 17 Grundschulen wählen. Für Rheine ist festzustellen, dass die Wahl zu über 90 % wieder auf die wohnortnächste Grundschule gefallen ist.

Es wurde also in der Regel die Grundschule der entsprechenden Schulart gewählt, die auch bei Weiterbestehen der Schulbezirksgrenzen vorgegeben worden wäre. Die Anzahl der Anmeldungen, bei denen die Wahl der Eltern auf eine weiter entfernte Grundschule fiel, entspricht in etwa der früheren Anzahl Anmeldungen, bei denen ein Antrag auf Besuch der nicht zuständigen Grundschule gestellt wurde.

Zum Schuljahr 2008/2009 werden 690 Kinder schulpflichtig. Im Schuljahr 2007/08 wurden 813 Kinder angemeldet.

Der große Unterschied resultiert einerseits aus der demographischen Entwicklung und andererseits zu etwa 50 % daraus, dass im Schuljahr 2007/08 Kinder im Geburtszeitraum 01.07.-31.07. (13 Monate) und im Schuljahr 2008/09 im Geburtszeitraum 01.08.-31.07. (12 Monate) angemeldet wurden.

Die Raumkapazitäten reichen an allen 17 Grundschulen aus, um die angemeldeten Kinder aufzunehmen.

17 Eltern schulpflichtig werdender Kinder sind bisher der Aufforderung zur Anmeldung nicht nachgekommen. Diese Eltern sind mit einer Frist bis zum 30. November 2007 erneut angeschrieben und aufgefordert worden, ihre Kinder an einer Grundschule ihrer Wahl anzumelden.

Im Schuljahr 2008/09 sind lt. Geburtenstatistik im Einzugsbereich der Josefschule Rodde 12 Kinder schulpflichtig. 11 Kinder wurden an der Josefschule angemeldet, ein Kind von der Hafestraße an der etwa gleich weit entfernten Annetteschule.

Im Schuljahr 2007/08 waren lt. Geburtenstatistik im Einzugsbereich der Josefschule Rodde 29 Kinder schulpflichtig. 23 Kinder wurden in Rodde eingeschult.

Frau Ehrenberg geht auf den Schulentwicklungsplan ein und empfiehlt, ein Gespräch mit Schulrat Heidbrink zu führen. In dem Gespräch soll aufgrund der geringen Anmeldezahlen an der Diesterwegschule und Josefschule Rodde über das weitere Vorgehen beraten werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorgelegte Übersicht über die Schulverhältnisse an den städtischen Schulen im Schuljahr 2007/2008 zur Kenntnis.

**6. Bodelschwingschule; Bau- und Einrichtungsmaßnahmen für die offene Ganztagsgrundschule
Vorlage: 513/07**

Frau Nagelschmidt verweist auf das in der Sitzung verteilte, mit der Schulleitung abgestimmte Raumprogramm der Bodelschwingschule. Es ist der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

Frau Overesch merkt für die CDU-Partei an, die Baukosten in Höhe von 771.000 € lägen deutlich über der zunächst veranschlagten Baukostensumme von 680.000 €. Hierüber müsse in der nächsten Bau- und Betriebsausschusssitzung noch gesprochen werden.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss beschließt folgendes Raumprogramm für den Erweiterungsbau der Bodelschwingschule als offene Ganztagsgrundschule:
 - Neubau einer Mensa
 - Küche für die Mensa auf Grundlage einer Catering-Versorgung
 - Zwei Gruppenräume
 - Wasch-/WC-Raum für die Mensa
 - Personal- und Technikbereich
2. Der Schulausschuss nimmt die Finanzierung der Bau- und Einrichtungsmaßnahme für die offene Ganztagsgrundschule Bodelschwingschule zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Michaelschule - Bau- und Einrichtungsmaßnahmen (Pavillon) für einen dritten Zug der offenen Ganztagsgrundschule
Vorlage: 514/07**

Frau Ehrenberg nimmt Bezug auf die Vorlage und teilt mit, dass der Bedarf an Plätzen für das Ganztagsangebot in der Michaelschule deutlich gestiegen sei. Für die Durchführung des Ganztagsbetriebes sei die Errichtung eines Pavillons notwendig.

Frau Allgaier, Beirat für Menschen mit Behinderung, weist daraufhin, dass der Pavillon barrierefrei zu errichten sei.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat aufgrund der geänderten Landesförderung, im Zuge der Haushaltsplanberatung 2008 die Bau- und Einrichtungsmaßnahme (Pavillon) für einen dritten Zug an der offenen Ganztagsgrundschule Michaelschule wie folgt zu veranschlagen:

Baukosten:	90.000 €
Einrichtung:	25.000 €
Außenanlagen/Spielgeräte:	15.000 €

Gesamtkosten: 130.000 €

Landeszuschuss: 57.500 €

Eigenanteil Stadt Rheine: 72.500 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Edith-Stein-Schule; Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen für einen zweiten Zug der offenen Ganztagsgrundschule
Vorlage: 515/07**

Frau Nagelschmidt verweist auf die Vorlage.

Frau Ehrenberg verliert den Antrag der Edith-Stein-Schule vom 11.09.2007 auf Drainierung des Fußballplatzes. Dieser ist der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt. Die Drainierung wurde Mitte November durchgeführt.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, aufgrund der geänderten Landesförderung, im Zuge der Haushaltsplanberatung 2008 die Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen für einen zweiten Zug an der offenen Ganztagsgrundschule Edith-Stein-Schule wie folgt zu veranschlagen:

Baukosten:	66.000 €
Einrichtung:	28.000 €
Außenanlagen/Spielgeräte:	12.000 €

Gesamtkosten: 106.000 €

Landeszuschuss: 57.500 €

Eigenanteil Stadt Rheine: 48.500 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Errichtung eines dreijährigen Bildungsgangs, Fachrichtung Sozial- und Gesundheitswesen, der zu beruflichen Kenntnissen und zur Allgemeinen Hochschulreife führt gem. Anlage D 16 APO-BK
Vorlage: 517/07**

Frau Nagelschmidt verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, zum 01.08.2008 am Berufskolleg der Stadt Rheine einen dreijährigen Bildungsgang Fachrichtung Sozial- und Gesundheitswesen, der zu beruflichen Kenntnissen und zur Allgemeinen Hochschulreife führt, einzurichten.]

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

11. Anfragen und Anregungen

Es werden weder Anfragen gestellt noch Anregungen vorgebracht.

Ende des öffentlichen Teils: 18.36 Uhr

gez. Resi Nagelschmidt
Ausschussvorsitzende

Sabine Völkel
Schriftführerin